

Streit um Gelder von Holocaust-Opfern

Die NZZ berichtet über den Streit zu nachrichtlosen Vermögen von Holocaust-Opfern und das Buch von Thomas Borer, damals Chef der Task-Force Schweiz («Der Krimi um die nachrichtlosen Vermögen», NZZ 13.5.25). Der Fokus liegt auf den Banken. Versicherungen wählten mit alt Nationalrat Peter Spälti, dem Präsidenten der Winterthur-Versicherungen, eine andere Strategie gegen die Forderungen aus den USA.

Der VR-Präsident der Credit Suisse, Rainer E. Gut, und der Nationalrat Ulrich Bremi waren die Strippenzieher. Rainer E. Gut wollte die erpressten 1,6 Milliarden zahlen. Einerseits, um sein Image nicht zu beschädigen, und andererseits, um seine Investmentbank-Geschäfte weiterzubetreiben. Bremi erkannte die Chancen, das angesagte Image der Schweizer Banken mit einer Zahlung an die USA und den World Jewish Congress (WJC) zu restaurieren. Damit schützte er die Schweiz vor weiteren Forderungen.

Europäische Staaten wie Frankreich, Österreich, die Niederlande, Belgien, Spanien und Italien waren über den Angriff auf die Schweiz erleichtert. Deren Holocaust-Verbrechen blieben ausgenutzt.

Die Winterthur-Versicherungen organisierten die Simon-Wiesenthal-Konferenz in Genf. Der Finanzplatz war «not amused» und wollte dies verhindern. Vertreter aus den schuld beladenen europäischen Staaten nahmen teil. Unter Druck der Simon Wiesenthal Foundation mussten diese ihre Verbrechen dokumentieren und aufarbeiten. Die Foundation kommunizierte die Ergebnisse und rechtfertigte die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Die Schweiz blieb nicht wegen der Banken verschont. Die damalige Politik hielt mit Nazi-Deutschland und den Alliierten die Balance und den fragilen neutralen, wirtschaftlichen und politischen Austausch. Unsere damaligen Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik und Armee bewahrten uns vor Krieg und Zerstörung. Sie schufen die Voraussetzungen für den Aufschwung unserer Wirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit und den Wohlstand im zerstörten Europa nach 1945. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung.

Roger E. Schärer, Herlirberg

Französische Siedler in Kanada

Der Artikel lässt einen Aspekt bei der Entwicklung im Osten Kanadas aus: die Geschichte der Akadier («Amerikas Ansprüche auf Kanada sind nicht neu», NZZ 21.5.25). Sie ist eine faszinierende und tragische Erzählung über französische Siedler, kulturelle Identität, koloniale Konflikte und Widerstand. Die ersten Akadier, französische Siedler, liessen sich 1604 in Port-Royal (heutiges Nova Scotia) nieder – damit war Akadien eine der ersten dauerhaften europäi-

schen Siedlungen in Nordamerika. Sie waren Franzosen, aber mit einer starken regionalen Prägung und weitgehend unabhängig von Frankreich. Sie lebten in relativer Harmonie mit den indigenen Mi'kmaq.

Bereits 1713 musste Frankreich durch den Vertrag von Utrecht Akadien an Grossbritannien abtreten. Die Region wurde zur britischen Kolonie Nova Scotia. Die Akadier weigerten sich in der Folge, einen uneingeschränkten Treueid auf die britische Krone zu leisten, da sie neutral bleiben und ihre katholische Religion sowie Kultur bewahren wollten. Die britischen Behörden betrachteten diese Neutralität zunehmend als Bedrohung, insbesondere im Kontext der wiederholten Kriege zwischen Frankreich und Grossbritannien.

1755 begann die Deportation der Akadier – auch bekannt als der Grosse Umbruch (Le Grand Dérangement). Etwa 11 500 Akadier wurden gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben. Viele wurden in die britischen Kolonien entlang der amerikanischen Ostküste gebracht, andere nach Europa, in die Karibik oder nach Louisiana – wo sie die heutige Cajun-Kultur begründeten.

Später durften Akadier offiziell zurückkehren, nicht aber in ihre ursprünglichen Gemeinden. Vor allem New Brunswick, die einzige offiziell zweisprachige Provinz in Kanada, wurde ein Zentrum der akadischen Kultur.

Werner Habegger, East Jordan, Nova Scotia (Kanada)

Fremdsprachen in Schweizer Schulen

Es ist offensichtlich, dass mit Frühfranzösisch und Frühenglisch gar nichts erreicht wird («Das Französisch-Fiasko an Schweizer Schulen», NZZ 23.5.25). Im Gegenteil, die deutsche Sprache kommt zu kurz, und das Niveau sinkt auch hier. Sprachaustausch-Programme bringen ebenfalls nichts.

Es braucht keine weiteren Studien zu dieser Fehlentwicklung, sondern ein sofortiges Handeln. Zurück auf Feld eins, heisst die Devise mit dem Beginn für Französisch und Englisch in der 7. Klasse. Nach Ende der Berufshilfe bzw. der Matura ist es am effizientesten und billigsten, wenn die jungen Leute für ein halbes Jahr oder mehr im betreffenden Sprachgebiet arbeiten. So lernt man am einfachsten sprechen, was ja viel wichtiger ist, als irgendwelche grammatikalischen «Spezialitäten» zu beherrschen. Es fördert den Zusammenhalt unseres Landes, erweitert den Horizont und erhöht markant die Chancen bei einer Bewerbung für eine anspruchsvolle Tätigkeit.

Paul Bär, Olten

Französisch müsste besser vermarktet werden. Ich war kürzlich auf Schulbesuch bei einem Enkelkind: Englisch und Geografie standen auf dem Stundenplan. Beides wurde weitaus interessanter unterrichtet als zu meiner eigenen Schulzeit in der Stadt Zürich.

Wenn Französisch mit der gleichen Phantasie, Praxisnähe und Liebe zur Sprache unterrichtet würde, gäbe es nicht dieses Fiasko. Englisch ist die einfachere Sprache als Französisch und Deutsch – wenigstens auf Alltagsniveau. Ausserdem wird einem Englisch an jeder Ecke um die Ohren gehauen, und es verdrängt leider alle anderen Sprachen. Wer gibt sich heute schon Mühe, ein paar Brocken Spanisch oder Türkisch zu sprechen? Englisch ist so bequem.

Ruth Obrist, Zürich

Die Aussagen im Artikel über die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sind eindrücklich, erstatuen einen aber nicht. Der Bildungsforscher Stefan Wolter beispielsweise weist ja schon lange darauf hin, dass «wir in der Schweiz immer schlechter wurden». Höchste Zeit, dass man auch die Ursachen für diese Entwicklung unter die Lupe nimmt.

Darüber, wo diese genau liegen, gehen die Meinungen auseinander. Sind es die vielen Kinder mit Migrationshintergrund? Liegt die Schuld beim neuen Lehrplan? Drückt die Totalintegration aller Kinder mit Lernschwierigkeiten in Normalklassen das Niveau nach unten? Oder stimmt etwas nicht mit dem Fremdsprachenunterricht?

Gut, kommt die Sprachensituation an der Volksschule in der NZZ aufs Tapet. Nach all den Jahren mit Frühfranzösisch hat sich nun in weiten Kreisen der Erkenntnis durchgesetzt, dass diese zweite Fremdsprache an der Primarschule, nämlich Französisch in der 5. und 6. Klasse, nichts bringt. Die Ergebnisse sind zumeist, wie jetzt auch der EDK-Präsident Darbellay bestätigt, miserabel, und es ist völlig absurd, dass viele Oberstufen- oder Gymnasler deprimiert erklären, sie müssten praktisch wieder bei null beginnen. Jammer-schade um die vielen verlorenen Schulstunden, die man viel besser für andere Fächer, vor allem auch für Deutsch, hätte gebrauchen können. Ich schliesse mich der Meinung von Christina Neuhäus an: weg mit dem Frühfranzösisch aus der Primarschule, dafür effizienter Unterricht an der Oberstufe.

Hans-Peter Köhl, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

(kop.) J. Leissatore (lia.), Philipp Gollmer (lgh.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wka.), Elena Oberholzer (lba.), Matthias Venzel (lbt.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (wag.), Salome Wöhrlein (wew.), Yassin Moll (yay.)

Witze / Social Media: Madelon Karavatti (mk.), Michele Amstutz (ama.), Patrick Buchard (buc.), Florent Bieri (ber.), Jamiee Jacob-Zecher (lga.), Lucia Grassi (lgr.), Severin Pommer (ppo.), Damiano Preschi (dpr.), Valentina Sassi (ssa.), Raza Wita (wra.), Valentino Winkler (wvi.)

Format: Jörg Walch (wja.), Nicole Kattli (ka.), Friederike Brudner (brs.), Sophie Brunner (gpb.), Roman Hodel (hoh.), Luca Froelicher (lfr.), Martin Amrein (ama.), Anja Weiler (wea.), Georg Rischmeyer (rsc.), Lena Weller (wel.), Leonie Leva Anziani (la.), Michael Brändler (brb.),

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (spe.), Patrick Imhasly (imh.), Stephanie Lahrz (lzh.), Herbert Schmidt (sch.), Lukas Mäder (mdr.), Rami Fuhrer (fru.), Gisle de Silva (gsl.), Sven Tietz (tietz.), Judith Rieger (rl.), Kalina Orzechowski (ora.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (lwh.), Eva Mell (mel.),

Wirtschaft: Nicole Anikier (ani.), Samuel Burgen (sbr.), Jacqueline Lipp (lpp.). **International:** Benedict Neff (ben.), Andreas Röscher (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (bel.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (eh.), Dominique Berckwerth (db.), Karin Bienenbacher (kb.), Jonas Roth (jon.), Erika Bieri (ebi.), Isabelle Jacobi (jba.), Anne Almeling (al.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Br.), Claudia Schwartz (scs.), Manuel Müller (mm.). **Schweiz:** Christine Neuhauser (ani.), Andrei Rostetter (art.), Erich Aschwarden (asa.), Daniel Gerny (ggy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hebli (hbl.), Tobias Gafgar (gaf.), David Vonglon (vgv.), Samuel Tanner (tan.), Sebastian Breilmann (sb.), Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Andrei Fopp (fop.), Selina Berner (sia.). **Westschweiz:** Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geissler (gez.), Fabian Baumgartner (fba.), Katja Baigler (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hodel (hoh.), Claudia Rey (rch.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heh.).

Reportage: Andrea Spallinger (sp.), Marcel Gyr (gy.), Michael Schilliger (sch.), Katharina Bracher (brb.). **Nachrichten:** Samuel Burgen (sbr.), Michele Colvoco (cov.), Elena Panagiotidou (ela.), Katerina Kletti (klk.), Dennis Hofmeyer (dho.), Medhior Poppe (pop.), Tili Mäder (tl.), Jacqueline Lipp (lpp.), Corina Gail

(kop.) J. Leissatore (lia.), Philipp Gollmer (lgh.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wka.), Elena Oberholzer (lba.), Matthias Venzel (lbt.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (wag.), Salome Wöhrlein (wew.), Yassin Moll (yay.)

Witze / Social Media: Madelon Karavatti (mk.), Michele Amstutz (ama.), Patrick Buchard (buc.), Florent Bieri (ber.), Jamiee Jacob-Zecher (lga.), Lucia Grassi (lgr.), Severin Pommer (ppo.), Damiano Preschi (dpr.), Valentina Sassi (ssa.), Raza Wita (wra.), Valentino Winkler (wvi.)

Format: Jörg Walch (wja.), Nicole Kattli (ka.), Friederike Brudner (brs.), Sophie Brunner (gpb.), Roman Hodel (hoh.), Luca Froelicher (lfr.), Martin Amrein (ama.), Anja Weiler (wea.), Georg Rischmeyer (rsc.), Lena Weller (wel.), Leonie Leva Anziani (la.), Michael Brändler (brb.),

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (spe.), Patrick Imhasly (imh.), Stephanie Lahrz (lzh.), Herbert Schmidt (sch.), Lukas Mäder (mdr.), Rami Fuhrer (fru.), Gisle de Silva (gsl.), Sven Tietz (tietz.), Judith Rieger (rl.), Kalina Orzechowski (ora.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (lwh.), Eva Mell (mel.),

Wirtschaft: Nicole Anikier (ani.), Samuel Burgen (sbr.), Jacqueline Lipp (lpp.). **International:** Benedict Neff (ben.), Andreas Röscher (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (bel.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (eh.), Dominique Berckwerth (db.), Karin Bienenbacher (kb.), Jonas Roth (jon.), Erika Bieri (ebi.), Isabelle Jacobi (jba.), Anne Almeling (al.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Br.), Claudia Schwartz (scs.), Manuel Müller (mm.). **Schweiz:** Christine Neuhauser (ani.), Andrei Rostetter (art.), Erich Aschwarden (asa.), Daniel Gerny (ggy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hebli (hbl.), Tobias Gafgar (gaf.), David Vonglon (vgv.), Samuel Tanner (tan.), Sebastian Breilmann (sb.), Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Andrei Fopp (fop.), Selina Berner (sia.). **Westschweiz:** Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geissler (gez.), Fabian Baumgartner (fba.), Katja Baigler (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hodel (hoh.), Claudia Rey (rch.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heh.).

TRIBÜNE

Für Solarstrom reicht die Nebelgrenze

GASTKOMMENTAR
von RUEDI KRIESI und RENATO TAMI

Die Begeisterung um alpine Solaranlagen und ihren Beitrag für die sichere Stromversorgung im Winter scheint gerade rapide abzunehmen. Eine gewisse Ernüchterung ist vor dem Hintergrund von Projektverzögerungen und ausbleibenden Bauentscheiden nachvollziehbar. Allerdings sind die nun wieder aufkommenden Argumente bei genauer Betrachtung wenig überzeugend. Neue Erkenntnisse verlangen keinen Stopp, es geht um Anpassungen.

Im Dezember 2024 bezeichnete die Axpo das Potenzial alpiner Solaranlagen als stark überschätzt, die bisherigen Erfahrungen zeigten eine viel zu schlechte Wirtschaftlichkeit. Mehr noch, der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen erwähnt die alpine Photovoltaik in einer Medienmitteilung zur Energiewende Anfang Jahr mit keinem Wort. Hier werden vorschnelle Schlüsse gezogen. Sie berücksichtigen nicht, dass die relativen Anlageinvestitionen je nach Standort enorm unterschiedlich ausfallen. Entsprechend weit auseinander liegen die resultierenden Stromkosten. Zudem beruhen die Urteile auf Erstanlagen in grossen Höhen. Hier verteuert fehlende Erfahrung die Pilotprojekte.

Die Anlagen des Solarexpresses liegen meist über 2000 Höhenmeter. Hier scheint die Sonne maximal, der Winterstromertrag ist es ebenso. Allerdings sind hier auch die Baukosten hoch – und sie fielen bisher sogar höher aus als erwartet. Die Anlagen werden unter Zeitdruck geplant; die wenigen Lieferanten profitieren von ihrer starken Stellung. Die Einschätzung von Entwicklungskosten und Risiken verteilen sich auf wenige, kurzfristig realisierte Anlagen. Langfristig belastbare Aussagen über die Kosten lassen sich bis jetzt schwerlich ableiten.

Noch kaum bekannt, aber viel wichtiger ist eine andere Erkenntnis: Weniger hoch gelegene Standorte sind wirtschaftlich deutlich interessanter. Voraussetzung ist, dass sie über dem Nebel liegen. Zwar produzieren solche Gebiete aufgrund der geringeren Höhe verhältnismässig weniger Winterstrom, dafür kann mit bis zu dreimal tieferen Baukosten gerechnet werden.

Die Schweizerische Interessengemeinschaft für Winterstrom aus den Alpen, Solalpine, hat einen entsprechenden Standort auf tausend Höhenmetern im Jura evaluiert. Da hier viel weniger Schnee fällt, können für die kostenbestimmende Unterkonstruktion Standardlösungen eingesetzt werden, wie sie auch in den grossen Solarparks in Südeuropa zur Anwendung gelangen. Die Fläche ist zudem fast ganzjährig mit Lastwagen erreichbar. Eine Strom-einspeisung liegt dank der dichteren Besiedlung in der Nähe. Bei 30-jähriger Betriebszeit und fünf Prozent Kapitalkosten resultieren Gestehekungskosten von etwa acht Rappen pro Kilowattstunde für die baulichen Massnahmen.

Aufgrund der geringeren Höhe ist aber auch der landwirtschaftliche Wert der Grundstücke höher als in den Sommergebieten auf 2000 Meter über Meer. Die Pachtzinsen fallen höher aus als auf den Alpweiden. Zudem muss der Anlagenbetreiber auch die entfallenden landwirtschaftlichen Flächenbeiträge kompensieren. Nach geltender Rechtsauslegung werden diese vollständig gestrichen, selbst wenn die Anlage nur 10 bis 15 Prozent der Grundfläche belegt. Erste Erfahrungen mit Agri-Photovoltaik mit Ost-West-Ausrichtung in Deutschland zeigen, dass die teilweise Beschattung bei verschiedenen Kulturpflanzen in regenarmen Jahren zu Mehrerträgen führt.

Bei diesen tiefer gelegenen Standorten ist in der Planung eine Optimierung der Erträge von Photovoltaik und Landwirtschaft nötig. Neue Projekte (vor)alpine Solaranlagen benötigen eine Richtplanung der Standortkante. Gemäss Stromversorgungsgesetz müssen die betroffenen Kantone dazu geeignete Gebiete festlegen. Es ist für die Energiewende in der Schweiz enorm wichtig, dass die Kantone die Möglichkeiten zu tiefer liegenden, nebfreien Zonen zur Kenntnis nehmen und wirtschaftlich relevante Gebiete ausschneiden.

Die bisherige Erfahrung mit hochalpinen Projekten zeigt, dass geeignete Flächen knapp sein dürften. Wo alpine Photovoltaikanlagen nicht ausdrücklich verboten sind, ist eine sorgfältige Güterabwägung unumgänglich. Denn Fakt ist: Winterstrom ist das Nadelöhr der Versorgungssicherheit.

Ruedi Kriesi und Renato Tami präsidieren die IG Solalpine.

Fotografen: Karin Höfer (hkf.), Annick Ramp (ara.),
Korrektoren: Natascia Fischer

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinwirth (DS.), **London:** Niklas Nusslinger (ni.), **Berlin:** Marc Felix Saria (sf.), Jonas Hermann (joh.), René Höttschi (ht.), Oliver Makas (oma.), Fatma Kellin (kel.), Beatrice Aebischer (ba.), Marco Saliger (msa.), Johannes C. Bockenkemper (CB.), Nathan Gwenzler (gw.), Anna Schiller (sch.), **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **Rom:** Luca Benetti (lb.), **Madrid:** Udo Müller (um.), **Wien:** Ivo Märsden (ma.), **Monte Daumun (bani), Berlin/Warschau:** Volker Pösch (po.), **Fallun:** Linda Koponen (lk.), **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (di.), Antonio Fumagalli (fo.), **Moskau:** Markus Ackert (mac.), **Nairobi:** Samuel Motoni (sm.), **Katmandu:** valent. **Beirut:** Daniel Böhm (db.), **Tel Aviv:** Robert Höfler (rh.), **Bangkok:** Andreas Babst (abb.), **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (sv.), **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.), **Peking:** Matthias Kamp (mk.), **Tokio:** Martin Kölling (ko.), **Sydney:** Barbara Berkausen (bb.), **Washington:** Christian Westhoff (wa.), **Chicago:** David Singer (ds.), **New York:** André Möller (am.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ma.), **Rio de Janeiro:** Thomas Mitz (tm.), **Salvador de Bahia:** Alexander Busch (ab.).

WEITERE REDAKTIONEN
NZZ Folio: Alice Wanner (wa.), Reto U. Schneider (ru.), Florin Calina (fc.), Barbara Klingbacher (kb.), Manuel Stark (msk.).
NZZ Geschehen: Claudia Mäder (mdr.), Daniel Di Felici (dff.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf CEO

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hauptgesellschaft 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich.
Vertrieb: Postfach 11, Postfach, CH-8021 Zürich.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzz.ch, www.nzzzone.ch.
Druck: DZ Druck Medien Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)
NZZ Print: 960 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).

NZZ e-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).
Kombi NZZ Fr & S: 125 Fr. (12 Monate), 39 Fr. (1 Monat) Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 50 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

Kombi NZZ & NZZ e-Paper: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ 360: 230 Fr. (1 Woche).
Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese bereitgestellt. Schriftliche Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG. Kartengrundlage: © OpenStreetMap, © Mapbox